

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,19 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Koloniezeile 40 Pf., für Mitglieder 30 Pf.
Schluss für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Um sich bei der gegenwärtigen Bierpreiserhöhung und dem zu erwartenden Konsumrückgang vor Schädigungen zu bewahren, ist zwingende Notwendigkeit für die Arbeiter der Brauindustrie eine starke, einheitliche Organisation!
Kollegen, schafft Euch diese, agiert tatkräftig für den Brauereiarbeiterverband!

Zum Schutze der Arbeiter in der Brauindustrie.

Vereinbarungen zwecks Vermeidung von Arbeitentlassungen wurden nun auch mit dem

Brauereiverein Leipzig

getroffen. Die Verhandlungen, die zwischen dem Brauereiverein und dem Brauereiarbeiterverband, vertreten durch die Kollegen Amborn und Leuschner, stattfanden, hatten folgendes Ergebnis:

Die der Bezirksgruppe Leipzig des Brauereivereins Leipzig angehörigen, in Leipzig und dessen Umgebung angesessenen Brauereien verpflichteten sich, bis zum 30. September 1909 keine Arbeiter auszustellen, die durch den Konsumrückgang infolge der Preiserhöhung entbehrlich werden. Ausgenommen hiervon sind jedoch die regelmäßigt im Betriebe abhängig gegen Ende der Sommersaison erfolgenden Ausstellungen.

Nach dieser Zeit soll in Aussicht genommen werden, daß Ausstellungen infolge des Konsumrückganges nur erfolgen sollen bei größeren Brauereien, wenn der Konsumrückgang über 15 Proz. bei kleineren, wenn er über 10 Proz. erreicht, und zwar im Verhältnis des Konsumrückganges.

Unter kleineren Brauereien sind solche zu verstehen, die bis 2000 Doppelzentner jährlichen Malzverbrauch haben.

Sollte in der Zwischenzeit der Wahlkampf von der Sozialdemokratischen Partei als solcher oder den Gewerkschaften ausdrücklich beschlossen und erklärt werden, so ist die vorstehende Abmachung hinfällig.

Bevor die Ausstellungen, die für die Zeit nach dem 1. Oktober 1909 vorgesehen sind, in Kraft treten, werden die beiden hier vertretenen Organisationen in nachmalige Verhandlung eintreten.

Diese Vereinbarung hat, abgesehen von dem Fall der offiziellen Wahlkampfklärung durch Partei und Gewerkschaften, Gültigkeit bis zum 30. April 1910.

Leipzig, den 1. September 1909.

Brauereiverein Leipzig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Böppel,

für die in § 1 des Vertrages genannten Brauereien.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen, Bezirk Leipzig.

G. Amborn.

Der Breslauer Tarifabschluß und der Bundes-Schiffbruch.

Die Lohnbewegung in den zur Breslauer Brauereivereinigung gehörigen Brauereien ist beendet, und zwar beendet mit greitem finanziellen und moralischen Erfolg. Diese Errungenschaft muß um so höher bewertet werden, als in Breslau, der Metropole Schlesiens, der Verband erst vor zehn Jahren seinen Einzug hielt. waren bisher die Arbeits- und Lohnverhältnisse hier noch weit hinter denen anderer Mittel- und Großstädte im Rückstand, so war auf der anderen Seite die Erfahrung in den Organisationsverhältnissen der Brauereiarbeiter ein weiterer Nebelstand, welcher eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse kaum ermöglichte. Ganz besonders war Breslau eine Hochburg des gelben Brauerbundes, von hier aus wurde die Streitbrechervermittlung systematisch betrieben.

Unter Assistenz einiger Vorderburschen und sonstwie in besseren Stellen befindlichen Brauergesellen wurden die aus den vielen Lehrlingszüchterien zugewanderten jungen Brauer hier für den Arbeiterbund dreifältig. Noch im vorigen Jahre konnte der Bundesvorsitzende Englisch der betriebenen Streitbrecherlieferung durch ein Dokument überführt werden. Es war deshalb kein Wunder, daß unsere Organisation alles daran setzte, um einmal die Bahn, von dem Schmutz zu säubern, welcher bei Erreichung von zeitgemäßen Arbeitsverhältnissen in Schlesien ein erfolgreiches Vorwärtsdringen verhinderte. Durch die Schandtaten des Bundes am Wohle der Arbeiterschaft ständig geworden, wendeten sich die einsichtigeren Kollegen immer mehr von diesem Gebilde ab und traten in die Reihen des Verbandes.

Nachdem mit der hiesigen Genossenschaftsbrauerei am 15. August ein Tarif ausgestanden, welcher als Produkt der Einheitsorganisation schon beschrieben wurde, sollte nun am Freitag, den 3. September, Verhandlungen mit den Ringbrauereien stattfinden. Hierzu hatte sich auch unter Führung des Bundesstrategen Siegert eine Kommission des Bundes eingefunden. Kollege Klippel begründete hierauf den Antrag unserer Kollegen, nicht im Beisein der Bundesvertreter zu verhandeln. Er führte aus: Der Bund als solcher sucht zum Teil Anscließung an die Christlichen, zum Teil an die Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften. Die Führer der ersten haben im Reichstag dem Brauergesetz zur Annahme verholfen, haben gegen eine Entschädigung der dadurch brotlos werdenden Brauereiarbeiter gestimmt, es wäre ein Lohn für die Brauereien, wollten sie jetzt für all die Unannehmlichkeiten und die Sorgen um die weitere Existenz der Brauindustrie noch Lohnarife mit solch einer Gesellschaft abschließen. Die freisinnigen Parteien, an welche die Hirsch-Dünkerschen sich anlehnen, haben in erster und zweiter Abstimmung im Reichstag für das Brauergesetz gestimmt und auch damit ihre Freundschaft für die Brauereiarbeiter befunden. Im weiteren sei der Bund eine Vereinigung, die überall bei Lohnkämpfen den Arbeitern nachweislich in den Rücken fällt, somit seien wir nicht sicher, daß wir nicht schon während der Verhandlungen von diesen verraten werden. Es sei eine Beleidigung für die Vertreter der freien Gewerkschaften, mit solchen Leuten über Arbeiterrichte an einem Tische zu beraten, wo der Existenz des Bundes eine andere Aufgabe zugebacht sei, als den Arbeitern zu dienen.

Diese Begründung im Beisein der ganzen Arbeitgeber hätte allerdings Leute, die sie achtig, die Schamröte ins Gesicht treiben müssen und wäre es für sie besser gewesen, wenn sie mit der moralischen Ohrfeige von damen gezogen wären. Doch scheint bei jolden Leuten das moralische Empfinden nicht allzu sehr entwickelt zu sein. Die Arbeitgeber traten, nachdem Herr Siegert seine Unschuldbeteuerungen vom Stapel gelassen, in Beratung. Das Ergebnis war: die Verhandlungen finden zunächst nur mit den freien Gewerkschaften statt; sollte über die Form des Tarifes eine Einigung nicht zustande kommen, so wird das Gewerbege richt angerufen. Herr Siegert konnte das noch gar nicht sagen, er bat, doch zunächst mit ihm zu verhandeln, und erklärte: "Wenn Sie jetzt mit diesen verhandeln, dann werden sie das als Sieg feiern, dann werden sie triumphieren." Das sollte mit anderen Worten für die Arbeitgeber heißen: dann hat der "Bund", eure Stütze, aufgehört. Aber es halte nichts, Herr Siegert mußte mit seiner Kommission von dannen ziehen, er wurde von dem Bischof der Herren gewiesen, denen er zu dienen versprochen war. Bei uns löste der Abzug dieser Kommission Erregung aus, war es doch ein seltsames Schauspiel, an das alle Beugen gern zurückdachten, aber auch ein Vorwarnnis, das dem "Bund" die richtige Würdigung zuteil werden ließ und dieses in Schlesien, in Breslau, seiner einstigen Hochburg. Hierbei sei aber noch eines Ausdrucks eines Arbeitgebers gedacht: "Wir brauchen zwei Strömungen!" Demnach soll der Bund also der Gegenstrom sein. Jetzt ist das, Kollegen!

Hierauf wurden die Verhandlungen aufgenommen und nach dreizehnstündigem Wortgefecht kam folgendes Resultat zustande: Arbeitstage: im Winter 9 Stunden, früher 10 Stunden, im Sommer 9½ Stunden, früher 10 Stunden, bei Nachschicht 9 Stunden, früher 9½ Stunden.

Löhne	früher	jetzt
Brauer, Böttcher	25-27 M.	28-30 M.
Wirtfahrer	21-28 "	25-28 "
Wittfahrer	21-25 "	24-26 "

Löhne	früher	jetzt
Chauffeure	23-25 M.	26-28 M.
Hilfsarbeiter	19-21 "	22-25 "
Maschinisten	24-26 "	27-29 "
Heizer, Schauerleute	20-24 "	25-27 "
Handwerker	24-26 "	28-30 "
Frauen	12-14 "	18,50-15,50
Jugendliche Arbeiter	10-12 "	12-14 "

Bei Löhnen und Urlaub werden die Dienstjahre angerechnet. Die Überstundensätze wurden um 10 Pf. erhöht: für Brauer, Böttcher, Handwerker, Maschinisten, Wirtfahrer, Heizer auf 70 Pf. an Sonn- und Feiertagen und 60 Pf. an Wocheintagen; für alle übrigen auf 60 Pf. an Sonntagen und 50 Pf. an Wocheintagen. Für Frauen und Jugendliche auf 35 Pf. wochentags, 45 Pf. Sonntags.

Für eine Woche Nachschicht wird 1 M. extra bezahlt.

Für Sonntagschicht 10 Proz. Aufschlag.

Im Sommerhalbjahr für Heizer achtstündige Schicht, wo Tag und Nacht gearbeitet wird. Die Heizer werden während des Mittags auf 2 Stunden abgelöst oder bezahlt.

Sonnabendtour für Wirtfahrer früher 1 M., jetzt 3 M. Das Bierfahren wird mit 70 Pf. pro Stunde, Pferde füttern undpuhen innerhalb 2 Stunden mit 1 M. bezahlt, früher nichts.

Reparaturarbeiten früher bis 2 Stunden nichts, jetzt 1 M. Somit ist jede unentgeltliche Sonntagsarbeit beseitigt; doch fürtwähr. eine christliche Tat. Kesselfüllung wird mit 2 M. täglich, früher 1,50 M. bezahlt.

Urlaub früher nach zwei Jahren 2 Tage bis zu 4 Tagen, jetzt nach einem Jahre 2 Tage bis zu 6 Tagen.

Bei Übungen früher 1,50 M. für Verherrlichkeit, jetzt 2 M. täglich.

Hilfsarbeiter erhalten nach 14 Tagen für Brauerarbeit den Lohn derselben, früher nach 4 Wochen; im Wiederholungsfalle jedoch sofort den Lohn Gelernter.

Außerdem wurden die Speisen für Landtouren von 1,50 M. auf 2 M. erhöht. Übernachten 1 M. extra. Verkaufspreise wurden festgesetzt für 2000 Flaschen 40 Pf. pro Hektoliter 5 Pf., früher verschieden und weniger, zum Teil nichts.

Das sind die wesentlichen Erfolge, auf die die Breslauer Kollegen stolz können, haben sie doch nachgeholt, was sie immer gegen andernwärts im Rückstand waren.

Dieser Tarif ist unser Produkt, das hindert aber den "Bund" nicht, diesen Tarif als das Ergebnis seiner Verhandlungen zu veröffentlichen. Nicht ein Wort hat der "Bund" geändert und wo es eintreten sollte, haben wir es müssen streichen, indem der Liebedienerei und Bewegung einzelner sollte Vorschub geleistet werden. Herr Siegert aber hat seine Niedrigkeit im Tarifunterschreiben wieder betätigt, und veröffentlicht diesen Tarif als seine Leistung, ein Manöver, das jedem Bundesmitglied die Augen öffnen müßte. Deshalb herzlich in den Verband, auch Ihr Kollegen in der Provinz! Die Breslauer haben Euch gezeigt, daß auch in Schlesien etwas möglich ist. Nur Mut gesucht, hinein in den Brauereiarbeiterverband!

Probleme der Arbeitszeit.

Der wissenschaftliche Sozialismus sucht stets nach den wirtschaftlichen Ursachen der gesellschaftlichen Katastrophenreihen. In dem Kampfe der Arbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit sieht er nicht bloß das kollektive Streben nach einer Verminderung von Mühe und Last, er findet auch sehr bedeutungsvolle Zusammenhänge zwischen dem Grade der Produktivität der Arbeit, dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung und den sonstigen Bedingungen des Arbeitsvertrages, der Dauer der Arbeitszeit.

Das Streben nach der Verkürzung der Arbeitszeit dürfte nicht viel jünger sein als die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln. Im handwerklichen Betrieb in der geschlossenen Stadtirtschaft des Mittelalters ist der Geselle dem Haushalt des Unternehmers eingefügt. Er wohnt im Hause des Meisters, er ist aus der gleichen Schule wie der Meister und seine Familie, er war ein Glied des Haushaltes, wie heute das Gesinde. Das Überwiegen des Naturallohnes fesselte ihn weiter an das Haus, der geringe Geldlohn ließ ihn nur selten die Muße ausüben. Es fehlte ihm die Möglichkeit, täglich seine freie Zeit auszunutzen. So strebte der Geselle des Mittelalters nicht nach dem frühzeitigen Feierabend, nicht nach einer langen Pause zwischen Vormittags- und Nachmittagsarbeit, und auch die Pausen innerhalb dieser beiden Teile des Arbeitstages interessierten ihn wenig, um so mehr als aus der ganzen Art der Arbeit, aus der Kleinheit des Betriebes, der in der Regel nur auf Bestellung arbeitete und auf diese sehr häufig warten mußte, manchmal lange Pausen entstanden, die Bedürfnis nach ihrer Erfüllung im Arbeitsvertrag oder in der günstigen Ordnung überflüssig erscheinen ließen. Nicht die Verkürzung des Arbeitstages, nicht die Regelung und Gliederung der Arbeitszeit im Arbeitstage fordert der mittelalterliche Geselle, sein Streben ist gerichtet auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Arbeitswoche, er wünscht einen freien Tag oder doch einen freien Nachmittag in der Woche, den blauen Montag, er hat sich sogar zum Schaden der Meisterschaft hin und da versteigen, nach anderen farbigen Tagen Schnaps zu holen. Am blauen Montag wollte er ganz frei sein, auf der Gesellenherberge sich mit seinen Kameraden zusammenfinden beim schaumenden Bier und beim Spiel, bei fröhlichem Gefang und bei ernstem Gespräch, da wollte er hören, was die im Laufe der Woche in der Herberge eingekreisten Gesellen von fremden Städten und Ländern, was die

dauert nun schon in die siebente Woche. Mit beispieloser Entschlossenheit und Fähigkeit haben die schwedischen Arbeiter ihren großen Kampf geführt. Fünf Wochen lang standen circa 75 Proz. der gesamten Industriearbeiterchaft des Landes im allgemeinen Ausstand ohne reguläre Unterstellung. Nur den Bedürftigsten konnte eine Weihilfe gewährt werden. Selbst die 100 000 Unorganisierten, die sich aus Solidarität dem Kampf angeschlossen haben, hielten bis auf einzelne Ausnahmen tapfer aus.

Nach fünfwochigem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen. Der Kampf soll im weiteren sich nur gegen den einen großen Unternehmerrichten richten, der ihn durch Lohnreduktionen und Massenaußsperrungen herausbeschworen hat.

Im Organisationsbereich dieses Unternehmerverbandes sind rund 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriegruppen beschäftigt. Diese werden den Kampf weiterführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigender Abschluß zustande kommt.

Dagegen sollen nach dem Beschluss der Gewerkschaftsvorstände 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, der Baumwollebetriebe, der Gemeindebetriebe, Straßenbahnen und der Buchdruckereien die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit den hier beteiligten Unternehmernorganisationen zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen sind. Über auch diese Wiederaufnahme der Arbeit kann sich nicht überall glatt vollziehen, weil die Gemeindebetriebe und die Straßenbahngesellschaften wie auch zum Teil die Buchdruckereien den Arbeitern entsprechende persönliche Verträge aufzwingen wollen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des aussperrenden Unternehmerkums gestellt. Sie will den Unternehmern zum Sieg verhelfen, indem sie alle Machtmittel des Klassenstaates in deren Dienst stellt. Die Arbeiterschaft steht daher einem mächtigen Feinde gegenüber, der kein Machtmittel zu ihrer Unterdrückung unverzagt lässt.

Durch die beschlossene Frontveränderung werden die Gewerkschaften etwa 165 000 Mitglieder im Kampfe behalten. Sie wie ihre Mitglieder sind fest entschlossen, in diesem Umfang den Kampf fortzuführen.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, er ist auch nicht im Abschluß begriffen, er ist nur in seinem Umfang eingeschränkt, in seiner Wirkung auf eine der verschiedenen Arbeitgebergruppen konzentriert. Mehr als 180 000 Arbeiter stehen noch im Ausstand, in der Erwartung, daß ein ehrlicher Friede unter annähernden Bedingungen ihren opfervollen Kampf lohnt. Sie sind fest entschlossen, in diesem Umfang den Kampf zu führen. Sie wollen den gesamten Arbeiterschaft.

Auch die Mitglieder unseres Verbandes dürfen und werden nicht zurückstehen in der Unterstützung der tapferen schwedischen Kämpfer.

Gesellen im Orte von Streit und Bant im Gewerbe ihrer Stadt zu erzählen wissen. Bei offener Lade wurde dann feierlich eröffnet, was den Gesellen frommen kounte, und was die Meister zu ihrem Schaden und was ein ehrsamster Mat zur Ordnung des Gewerbes geplant habe. Der Tag war für all das, was der sonst an des Meisters Haus gefesselte Geselle entbehren musste, recht kurz. Er wollte seinen Badgang machen, er wollte sein Liebchen sehen, er wollte ihr, sich und seinen Mitgesellen ganz angehören.

Befämpfte schon die alle Kunst mit eifriger Energie und mit Unterstüzung aller Obrigkeit vom städtischen Rat bis zum Kaiser und den kirchlichen Gewalten den blauen Montag, so wurde dieser noch viel kräftiger befestigt, als die Produktion nicht mehr keine Bestellungen befriedigen wollte, sondern durch die Massenproduktion mit ihrer weitgehenden Arbeitsteilung ersezt wurde. Je mehr konstantes Kapital in der Produktion festgelegt war, je größer das Bedürfnis nach einer möglichsten Ausnützung der investierten Kapitalien wurde, je stärker der Hunger nach Wohlstand sich äußerte, desto energischer wurde der Kampf gegen den blauen Montag geführt. Polizei und Unternehmertum, Geschäftshand und Verwaltung suchten den Arbeiter zur Arbeit an allen Werktagen, ja selbst zur Sonnabendarbeit zu nötigen. Lange hat der romantische Geist des blauen Montags auf die Phantasie und Lebenslust der Arbeiterklasse gewirkt, auch nachdem die technisch-ökonomische Revolution und die Entwicklung der Verkehrsmittele und der Städte die Formen des Arbeitsverhältnisses vollständig geändert hatten. Für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter trat an Stelle des Handwerks zuerst die das Arbeitsverhältnis erfüllende Manufaktur, dann die Fabrik, die in alle Lebensbedingungen des Arbeiters wie eine Revolution eingriff. Selbst im Handwerk wurde der Naturallohn fast vollkommen vom Geldlohn verdrängt. Niebhau ergab sich für die Arbeiter das Bedürfnis nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Der mittelalterliche Geselle war ein lediger Mann, der moderne Gehilfe suchte schon in jungen Jahren eine Familie zu gründen. Er musste möglichst frühen Schluss des Arbeitstages, eine möglichst lange Pause zwischen dem Beginn des Feierabends und dem Anfang der Nachtruhe zu erkämpfen suchen. Der Arbeiter wollte sein Heim genießen, das er im Mittelalter nicht hatte; er wollte in seiner Familie leben, die er im Mittelalter nicht besaß. Der reine Geldlohn ermöglichte ihm nun — natürlich nur in ganz bedeckender Weise — den Beipunkt seiner Geselligkeit nach Belieben festzulegen. Der Arbeiter wußte, daß er nur im Verhältnis zu der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit oder der tatsächlichen Arbeitsmenge bezahlt wird. Es wurde ihm mit der Zeit klar, daß er nicht gleichzeitig den blauen Montag feiern und eine Verkürzung des Arbeitstages durchsetzen kann. Die Minderung der täglichen Arbeitszeit mußte ihm wichtiger erscheinen als das Beharren auf dem blauen Montag, der ohnedies den schroffsten Widerstand aller seiner Gegner auslöste. Als die Arbeiter den kollektiven Kampf um die Verkürzung der Arbeitstage begannen, gaben sie die Forderung des blauen Montags auf.

Der mittelalterliche Arbeiter hatte in der Regel im Sommer von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang gearbeitet, es war ein besonderer Abschnitt im Jahre, wenn man begann, bei Licht zu arbeiten. Sehr lange Arbeitstage charakterisierten die Beschäftigungsdauer des mittelalterlichen Arbeiters. Aber es war vielfach mehr eine Präsenzzeit als eine tatsächliche Arbeitszeit.

Der Geselle mußte immer anwesend sein, immer bereit sein, die bestellte Arbeit in Angriff zu nehmen, um sie meist im gemäßigten Tempo zu Ende zu führen, um erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn wieder neue von der Kundschaft gewünscht wurde.

Aus dem ganzen Charakter des mittelalterlichen Handwerkers geht hervor, daß die tatsächliche Arbeitsleistung auf den Arbeitstag oder gar auf die Arbeitsstunde nur sehr gering gewesen sein kann. Das Prinzip des Zeitlohnes herrschte vor, für den Grundzähler des Stücklohnes konnte unter den Verhältnissen extensiver gewerblicher Produktion, abgesehen vom Bergbau, kaum eine Regelung gefunden werden. Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in der modernen Warenproduktion. Man wartete nicht mehr auf Bestellungen, die größtmögliche und ununterbrochene Anspannung aller Produktionskräfte resultierte aus dem Prinzip der Produktion auf Vorrat für einen unbegrenzten Kreis von Konsumenten. War kein Absatz zu erwarten, so löste man das Verhältnis des Arbeiters mit dem Unternehmer, die Beziehungen des Unternehmers zu dem Arbeiter wurden durchaus unpersonliche. Mit möglichst wenigen Arbeitskräften möglichst viel zu erzeugen, die Arbeitskräfte nur so lange zu verwenden, als man an einen Absatz der produzierten Waren rechnen durfte, innerhalb der Beschäftigungsdauer aber möglichst hohe Erträge aus jeder einzelnen besonders kontrollierten und angetriebenen Arbeitskraft herauszuholen, wurde nun leitendes Prinzip. Das Stücklohnprinzip wurde das vorherrschende Lohnsystem, wo es die technischen Möglichkeiten einigermaßen zuliegen. Die raffinierten Formen des Stücklohnsystems, die wir in den mannigfachen Prämienformen, insbesondere in den überaus fein ausgestellten amerikanischen Prämienfaktordörfchen kennen, sollten zu den physisch höchstmöglichen Leistungen der menschlichen Arbeitskraft dichten anspannen.

Wir müssen aus mannigfachen Experimenten, daß vereinzelt ganz außerordentliche Höchstleistungen von tierischer oder menschlicher Arbeitskraft, von körperlicher und geistiger Arbeit, von Muskel- und Nerventätigkeit erzeugt werden können. Diese vereinzelt Höchstleistungen haben aber, wenn nur an wenigen Tagen nacheinander wiederholt, ganz außerordentliche Erschöpfungen, vollkommen Leistungsfähigkeit oder wenigstens weitgehendes Nachlassen der Arbeitsleistung zur Folge. Selbst bei den Maschinen und Werkzeugen zeigen sich unökonomische Folgen einer über das zulässige Maß erreichten Leistungsfähigkeit. Gebieten schon die mechanischen Produktionsmittel ihrem Eigener gewisse Begrenzungen im Schnellgang der Maschinen, in der Rauhenschnelligkeit ihres Ganges, so zwinge ihn auch eine ganz nüchterne Betrachtung, die Höchstleistungen der tierischen Arbeitskraft niemals zu fordern. Das zu den höchsten Leistungen getriebene Zugpferd kann sehr leicht erkranken, im Werte vermindert werden oder gar ein frühzeitiges Ende finden, es muß also geschont werden. Bei der Maschine und bei der tierischen Arbeitskraft spricht das wirtschaftliche Interesse des Unternehmers gegen die Erringung außerordentlicher Leistungen.

Selbst bei absoluter Unpersonalität der Beziehungen zwischen den Eigentümern und den Arbeitnehmern der Produktionsmittel widerstreift ein sehr harter und egoistisches Interesse einer allzu schnellen Abnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Wohl kann er ohne jedes Bedenken die menschliche Arbeitskraft, wenn sie sich mindert, durch Heranziehung neuer Kräfte aus der industriellen Reservearmee ersparen. Ein allzu häufiger Wechsel würde aber seinem ökonomischen Interesse widersprechen. Die Leistungen jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin, die in einem Betrieb aufgenommen werden, erfordern — von kaum häufigen Ausnahmen abgesehen — am Anfang nicht die volle Leistungsfähigkeit. Der Arbeiter bedarf einige Zeit, wenn auch nur auf dem kleinen Bläschen, auf das er gestellt ist, zurückzufinden. Die Stellung zur Maschine, die Erfahrung ihres Ganges, die möglichen Störungen durch Nebenarbeit, Geräusche usw., die Anordnungen des Betriebschefs, die Eigenarten des Materials, die Zwecke, denen seine Arbeit dienen soll, und so manches andere muß er erst lernen lernen. In der Regel wird unter sonst gleichen Umständen seine Arbeitsleistung von Tag zu Tag steigen, bis sie die Arbeitsleistung seines Vorgängers erreicht hat. Schon diese einfache Überlegung zeigt, daß der Unternehmer nicht vollkommen frei ist, ganz nach Belieben die von ihm verwendeten Arbeitskräfte zu wechseln. Das Nebeneinander in einem großen Betrieb, die mannigfachen Beziehungen, die die Tätigkeit aller Arbeiter in einem Betrieb verdecken, lassen es durchaus nicht empfehlenswert erscheinen, daß mit den einzelnen Arbeitskräften gut zu häufig gerechnet werde. Der neue Ar-

beiter ist nicht ein isoliertes Individuum, sondern seine Arbeit wird beeinflußt durch andere Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Produktionsprozeß vor ihm tätig sein müssen, und er wirkt wieder mitbestimmend auf die Arbeit anderer, die an seine Arbeitsleistung weitere zu führen haben. So erscheint schon der Ertrag des einzelnen Arbeiters für die zu erreichende Normaleistung des Betriebes als etwas durchaus nicht Gleichgültiges. In noch viel höherem Maße gilt dies für die Gesamtheit der im Betrieb tätigen Arbeitskräfte. Ihre Arbeitskraft verschlingt sich in der kunstvollen Weise mit all den malozischen Kräften und Werkzeugmaschinen, mit den Fortbewegungsmaschinen, mit der gesamten Organisation des großen Industriebetriebes. Es ist von manchem Unternehmer schon zugestanden worden, daß die Erziehung der Arbeitskräfte nach einer Ausprägung quantitativer und qualitativer Leistungen des Unternehmens hinuntergedrückt hat. Auch der unpersonliche Unternehmer, der in der Form der rätselhaften Co. m. b. H. oder der anonymen Allgemeinen Gesellschaft oder einer Großbank der Arbeiterschaft entgegentritt, hat ein Interesse an der Ständigkeit des Arbeitspersonals, an der engen Verfestigung seines stehenden Kapitals mit der zur Anwendung der Produktionsmittel notwendigen Arbeiterschaft. Es kann ihm somit nicht daran liegen, von Ausnahmefällen natürlich abgesehen — ganz besondere Höchstleistungen aus der Arbeiterschaft herauszunötigen, die dann mit einem starken Abfall der Arbeitsleistung bezahlt werden müssen. Der Unternehmer muß wünschen, die größtmögliche Leistung für das ganze Jahr zu erreichen. Das soll ihn veranlassen, über die Leistungsfähigkeit gehende Ausgaben von menschlicher Arbeitskraft in der Regel nicht zu erzwingen.

Die Tendenz nach immer höheren intensiven Leistungen charakterisiert die moderne Industrie. Möglichst große Ausnützung der Maschinerie, größte Ersparnis an Generalunkosten sollen sich gegenseitig bedingen. Je schneller die Motoren laufen, je komplizierter die ganze maschinelle Einrichtung wird, je kostspieliger die Werkzeugmaschinen sind, je mehr Aufmerksamkeit und Pflege sie erfordern, je größere Anforderungen die Technik an den einzelnen Arbeiter oder die Arbeiterin stellt, desto mehr wird Nerven- und Muskelsystem der Arbeiterschaft angespannt, desto schneller wird die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskräfte erschöpft. Der abgespannte, der übermüdet Arbeiter, der sich nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit abzuzwingen vermag, bringt dem Betrieb große Gefahren. Ganz offenkundige Interessen der Unternehmer nötigen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen des Arbeiters und der Arbeiterin in der Arbeitsstunde haben sich ganz gewaltig gesteigert. Die Leistungen des längsten Arbeitstages von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang im Mittelalter. Auch die langen Arbeitszeiten, die 12stündigen und 13stündigen Arbeitstage, die die älteren Arbeiter noch in Erinnerung haben, sind heute nicht denkbar, wenn man sich dauernd hohe Durchschnittsleistungen der menschlichen Arbeitskraft sichern will. So kommen wir zu dem Ergebnis unserer Betrachtung, daß die Verkürzung des Arbeitstages eine Notwendigkeit ist, die aus unseren technischen Errungenschaften, die aus der höchsten Dialektik des modernen Produktionsprozesses entspringt.

H. Braun in "Der Kampf".

Aus Großbritannien.

Die Zahl der in Großbritannien beschäftigten Brauereiarbeiter läßt sich nicht genau feststellen, da in den Berichten über die Berufszählungen nur in Schottland eine Unterscheidung zwischen Arbeitern und Unternehmern gemacht wird. In England und Wales sowie in Irland sind Selbständige und Unselbständige zusammengezogen, was ein großer Mangel ist.

Die letzte Berufszählung fand in allen Teilen des Vereinigten Königreichs im März 1901 statt. Seither sind zwar fast Zahlen verloren, doch haben sich in der Brauindustrie die Verhältnisse in der Zwischenzeit wenig geändert und es sind jetzt ungefähr ebenso viele Personen in derselben tätig wie damals.

In England und Wales waren 1891 und 1901 berufstätig:

	Personen überhaupt	davon	
		Männer	Frauen
Im Jahre 1891:			
Wälzer	9 088	9 050	98
Brauer	26 812	25 918	94
Brenner, Brannwein- und Wein- händler	7 893	7 395	488
Kellerpersonal	9 597	8 773	824
Im Jahre 1901:			
Wälzer	9 607	9 595	12
Brauer	27 919	27 822	97
Händler mit Wein und Spirituosen	712	706	6
Kellerpersonal	8 820	8 396	424
	15 394	14 078	1 818

Die Zunahme betrug bei den Wälzern 5,7 Proz., bei den Brauern 6,1 Proz., beim Kellerpersonal 60,4 Proz. Die rasche Zunahme des Kellerpersonals erklärt sich dadurch, daß im Laufe des Jahrzehnts der Flaschenverbrauch bedeutend stieg. Im ganzen vermehrte sich die in Brauereien und Brennereien tätige Bevölkerung langamer als die die Gesamtheit der Erwerbstätigen.

Bezüglich Schottlands und Irlands liegen nur für 1901 Zahlen vor, so daß Vergleiche nicht ange stellt werden können.

In Schottland ist die Brau- und Brennindustrie, was die Zahl der tätigen Personen betrifft, von nahezu gleichem Umfang. Im Jahre 1901 wurden gezählt:

	Selbst- ständige	Arbeiter	ohne Angabe
a) Männer			
Brauer	130	1870	—
Wälzer	23	1302	—
Brenner	131	1795	1
	284	4967	1
b) Frauen			
Brauer	1	51	—
Wälzer	—	5	—
Brenner	1	42	—
	2	98	—

Die Gesamtzahl der Berufstätigen war 5952, und darunter befinden sich 100 weibliche Personen.

In Schottland sind im Jahre 1901 in der Erzeugung geistiger Getränke und im Handel damit 5400 Personen tätig gewesen, und zwar 5017 Männer und 383 Frauen. Sie verteilen sich nach Berufszweigen wie folgt:

Berufszweige	Männer	Frauen
Wälzer und Brenner	998	2
Brauer	1710	—
Kellerpersonal	449	18
Händler mit geistigen Getränken	1965	383

Festzettende Zahlen für Wälzer und Brenner enthalten die irische Statistik nicht. Die Berufszählung ist in allen drei Verwaltungsgebieten minderwertig; es sind nicht einmal die Angaben für jedes derselben ganz vergleichbar.

Bis zum Jahre 1908 bestanden in Irland zwei selbständige Lokalvereine der Brauereiarbeiter, nämlich die "Irishmen Brauers' Labourers" (1904: 85, 1907: 111 Mitglieder) und die Cork Brauery Workmen (1904: 350, 1907: 280 Mitglieder); der Verein in Cork schloß sich 1908 dem allgemeinen Hilfsarbeiterverbande Gas-Werkst. und General Labourers an, so daß nur noch eine einzige Brauereiorganisation verbleibt, die keine praktische Bedeutung hat. Den Gas Workers and General Labourers gehören in verschiedenen Orten — auch in England — Brauer an, überall jedoch eine kleine Minderheit der Beschäftigten. Trotzdem die Arbeitszeit sehr lang, die Entlohnung niedrig und die Behandlung in den Brauereien äußerst schwer für den gewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen.

Zum ganzen hat die britische Gewerkschaftsbewegung seit 1898 bemerkenswerte Fortschritte gemacht; alle Gewerkschaften hatten 1898: 1 688 531 Mitglieder, 1899: 1 848 570, 1900: 1 955 704, 1901: 1 966 701, 1902: 1 963 807, 1903: 1 981 043, 1904: 1 895 109, 1905: 1 920 873, 1906: 2 113 806 und 1907: 2 408 746 Mitglieder. Ende 1907 verteilten sich die Mitglieder auf nicht weniger als 1173 selbständige Gewerkschaften; es bestanden in den Baugewerben 77 Gewerkschaften mit 199 190 Mitgliedern, im Kohlenbergbau 64 Gewerkschaften mit 883 022 Mitgliedern, im sonstigen Bergbau- und Steinbruchbetriebe 11 Gewerkschaften mit 20 822 Mitgliedern, in der Metallindustrie 222 Gewerkschaften mit 378 805 Mitgliedern, in der Textilindustrie 288 Gewerkschaften mit 354 427 Mitgliedern, in den Bekleidungsgewerben 40 Gewerkschaften mit 68 810 Mitgliedern, in den Transportgewerben 62 Gewerkschaften mit 238 813 Mitgliedern, in den Druckgewerben 39 Gewerkschaften mit 68 221 Mitgliedern, in der Holzindustrie 199 Gewerkschaften mit 44 888 Mitgliedern, in der Glas- und Tonindustrie 87 Gewerkschaften mit 18 522 Mitgliedern, in der Nahrungsmittel- und Tabakindustrie 33 Gewerkschaften mit 18 447 Mitgliedern, im Kleinhandel 6 Gewerkschaften mit 46 117 Mitgliedern, im öffentlichen Dienst 78 Gewerkschaften mit 89 393 Mitgliedern, in anderen Berufen 141 Gewerkschaften mit 186 269 Mitgliedern. In 182 Gewerkschaften wurden zusammen 201 709 weibliche Mitglieder gezählt, davon in 118 Textilarbeitergewerkschaften 172 120 und in 17 Bekleidungsarbeitergewerkschaften 8045; die übrigen weiblichen Mitglieder gehörten Organisationen anderer Berufe an.

H. F.

Mit dem Sessionsschluß des Reichstages hat die Regierung unter anderem erreicht, daß auch die eingehenden Beratungen über die sozialpolitischen Vorschriften vorab praktisch vorliegen geworden sind. Diesen Ausgang einer mit viel Wichtigkeit ins Werk gesetzten Aktion kann man besonders im Hinblick auf das Schriftal der Arbeitskammer vorlage symbolisch nennen. Wurde doch seinerzeit gerade diese Vorlage von dem jetzigen Reichskanzler und früheren Staatssekretär vor "Vethan in Hollweg eines der vielen Eisen genannt, die die Regierung in ihrem utopistischen Streben, die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, im Feuer habe. Wir wollen keineswegs in Abrede stellen, daß die Regierung mit einem derartigen Gesetzentwurf wiederkommen wird; es mag ferner dahingestellt bleiben, ob es dem Willen der Arbeitervertreter gelingen wird, auch der künftigen Vorlage soviel Geltähnlichkeit auszuzeigen, daß sie schließlich dennoch als sozialpolitischer Fortschritt betrachtet werden kann. Unsere Aufgabe soll es für heute sein, zu zeigen, daß inoffizielle Gewerkschaften, in denen die Arbeiterschaft ihre Klasseninteressen zu Gehör bringen kann, auch bei einwandfreier Organisation nur dann von sozialpolitischem Wert sind, wenn die Arbeiterschaft selber zu einer gewissen organisatorischen Entwicklung gelangt ist.

Millerand hat in seiner Eigenschaft als französischer Handelsminister durch eine Verordnung vom 17. November 1900 die Conseils du Travail ins Leben gerufen. Sie haben außer Beauftragungen auf statistischem Gebiet noch die Aufgabe, Untersuchungen über Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen, die zuständigen Verwaltungsstellen über die Verwendung der Arbeiter- und Unternehmereinrichtungen bewilligten Unterstützungen zu informieren und jährlich dem Minister über die Ausführung der Arbeiterschutzgesetzgebung Bericht zu erstatten. Die Mitglieder der Arbeitskammer werden in Frankreich im Gegensatz zu anderen Ländern von den Berufskammern und Gewerbevereinigungen gewählt. Neben einer intensiven Tätigkeit der amtlichen Organisation ist bisher noch nicht viel bekannt geworden.

Der Arbeitskammer in Zürich ist jetzt die staatliche Subvention entzogen worden; die in Genf errichtete Chambre du Travail befasst sich wesentlich mit der Arbeitsvermittlung. Die italienischen Camere del Lavoro werden vor Sommaro „selbständige Organe der Landarbeiterchaft, des Proletariats“ genannt, „aus deren Initiative hervorgegangen und auch seinem Einfluss allein unterworfen“. Man kann sie wohl als von den Stadtgemeinden unterstützte Gewerkschaftsräte bezeichnen. Ihnen wird nachgefragt, daß sie als völlig unabhängige Körperschaften weniger auf dem Gebiete der Sozialstatistik und der Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten als in der Organisation der Arbeiterschaft und damit für das Außwartsstreben des italienischen Proletariats Etwas geleistet haben.

Deutschland ist bekanntlich das Land des Misstrauens gegen jede selbständige Betätigung der Arbeiterschaft. Das Ideal der inzägabenden preußischen Regierung ist ein unorganisiertes, willens dem organisierten Unternehmertum und der Staatsgewalt überantwortetes Proletariat, das man von oben herab mit eisernen Reklamehaften angepritschten sozialpolitischen „Wohltaten“ begnädet. Die Arbeitersorganisationen sind der Staatsgewalt in dieser Hinsicht um so mehr Lust, als das Proletariat verständigerweise über die Sozialpolitik des Unterregiments mit Verachtung quittiert hat. Dieser Zustand steht selbst bei waschechstaatsverhaltenden Sozialpolitikern Bedenken. Der schon erwähnte Universitätsprofessor Garms nennt es in seiner Betrachtung über Arbeitskammern einen „großen Fehler“, daß die Regierung nie die Meinung derjenigen eingeholt hat, deren Lage durch die sozialpolitische Gesetzgebung verbessert werden sollte, sondern sich nur an die Handels- und Gewerbe kammer als diejenigen Organe gewandt hat, die sie sich zur Beratung in wirtschaftlichen Dingen geschaffen hat. Garms überblickt hierbei, wie weit die maßgebenden Kreise in Preußen-Deutschland von der Anerkennung des Gleichberechtigungsprinzips entfernt sind.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich aus der Betrachtung der ausländischen wie der heimischen Zustände, daß es auch in der Arbeitskammerfrage einzig auf die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ankommt. Bei genügend starker gewirtschaftlicher und politischer Organisation des Proletariats können amtliche Institute, in denen Arbeitervertreter Sitz und Stimme haben, von Nutzen sein. Ohne derartige Organisationen sind sie wertlos.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Zugang ist fernzuhalten nach Lörrach, Marten bei Dortmund und Brüderhude.

Brauereien.

Berlin. Am 5. September fand eine zahlreich besuchte Versammlung statt zwecks Stellungnahme zur Kündigung der Tarifverträge der Lagerbierbrauereien. In seinem einleitenden Referat wolle Hobopp darauf hin, daß die durch den Tarif vom Jahre 1907 erzielten Lohnhöhungen durch die Belieferung aller Lebensmittel aufgewogen seien und deshalb eine Aufbesserung der Löhne notwendig sei, ganz besonders aber bei den niedriger bezahlten Arbeiterkategorien. Auch sonstige Bestimmungen der Tarife müssen der Zeit und der Notwendigkeit entsprechend revidiert werden. Vor allem ist auch eine Verkürzung der Arbeitszeit geboten. Besondersweise auch der Handwerkertarif erhebliche Mängel auf, die beseitigt werden müssen. Wir haben mit der Erörterung der Frage warum wollen, bis die Wierpreisfrage erledigt ist, die eventuell einen Boykott zeitigt. Dies könnte aber noch erhebliche Zeit dauern; da aber die Zeit dränge, sind wir gezwungen, Stellung zu der Tariffrage zu nehmen.

Die Diskussionsredner sprachen sich ähnlich im Sinne des Referenten und der vor ihm vorgelegten Resolution der Ortsverwaltung des Verbandes und der Vertrauensmänner aus. Besonders wurde aber die Notwendigkeit der Einheitsorganisation der Brauereiarbeiter hervorgehoben, zu deren Vermittlung jeder einzelne nach besten Kräften beitragen müsse, da dies die Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung des Tarifprogramms sei. Einigimmt nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die am 5. September 1909 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der im Brauereiarbeiterverband organisierten, in den Lagerbierbrauereien Groß-Berlins beschäftigten Arbeitnehmer erklärte:

In der Erwägung, daß die Lohnhöhungen, welche die Brauereiarbeiter durch die zurzeit geltenden Tarifverträge im Jahre 1907 erzielten, infolge der ganz erheblichen Verteuерung aller Lebensmittel und der sonstigen für die Arbeiter notwendigen Bedarfssortikel, hervorgehören durch die vollseidige Steuerpolitik der Reichsregierung und des Reichstages, längst wieder aufgewogen sind, stimmt die heutige Versammlung dem Vorschlag der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner zu, die zurzeit mit den Lagerbierbrauereien abgeschlossenen Tarifverträge zu kündigen.

Der Abschluß des neuen Tarifvertrages soll unter Beobachtung nachstehender Leitsätze geschehen:

Verkürzung der Arbeitszeit bei Tag- und Nachschicht, insbesondere beim Fahrpersonal.

Einführung des achtfündigen Arbeitstages in 6 Schichten pro Woche.

Erhöhung der Löhne unter besonderer Berücksichtigung der niedrig bezahlten Kategorien.

Gleichmäßige Bezahlung alter gelernter Arbeitnehmer im Brauereibetriebe und der an deren Stelle Beschäftigten.

Bezahlung jeglicher Sonntagsarbeit, also auch derjenigen des Maschinen- und Dampfesselpersonals, des Fahr- und Stallpersonals.

Ablösung des Freibieres im Sinne des Beschlusses des Frankfurter Verbandstages.

Erweiterung des Urlaubes.

Einbeziehung der Bierneiderlagen in Berlin und Umgegend in das Tarifverhältnis.

Die Versammlungen verpflichteten sich, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln für Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu wirken, um der Tarifbewegung zu einem für die Arbeitnehmer gunstigen Abschluß zu verhelfen.

Frankenberg. Tarifvertrag. Mit dem Viergerichtlichen Brauhaus wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, wodurch eine Erhöhung der Löhne von 1 bis 3 M. sowie Verkürzung der Arbeitszeit erzielt wurde.

Hannover. Urlaubbewilligung. Nach langen und eingehenden Verhandlungen gelangte jetzt auch hier der Urlaub erstmals zur Einführung. Es erfolgte dieses außerhalb des Tariffs, dafür noch bis zum Jahre 1911 läuft. Somit ruht nun auch endlich Hannover in die Weite jener Städte, welche Urlaub eingeführt haben. Ist es zunächst auch nur ein Betrieb mit einigen 80 Kollegen, für welche diese für sie notwendige Einrichtung geschaffen wurde, so steht doch zu erwarten, daß weitere Betriebe folgen werden, ja folgen müssen. Denn diese Einrichtung, einmal

im Jahre auszuspannen, sich erhöhen und neue Kräfte sammeln zu können, muß zum Ärgemeingut der Arbeiter werden. Für die Brauereiarbeiter aber mit ihrer schweren und die Gesundheit aufreibenden Arbeit wird sie zur zwingenden Notwendigkeit. In richtiger Erkenntnis, daß Urlaub, selbst in den beiderdeinsten Grenzen ausgeübt, erhöhte materielle Kosten für die Arbeiter verursacht, wurde außer Lohnzahllage auch noch ein Zuschuß von 15 Mf. erreicht. Letzteres zu erreichen, daran trägt das soziale Verständnis der Direktion einen wesentlichen Anteil. Auf diese Grundlage weiter zu bauen, wird und soll unsere zukünftige Aufgabe sein. Daran mitzuwirken durch immer festiver inneren Zusammenhalt ist aber auch Pflicht eines jeden Kollegen.

Winden. Tarifvertrag. Die Bewegung hat für beide Parteien mit mancherlei Schwierigkeiten ihre Erledigung gefunden. Wenn man nun auch gerade nicht von einem Zusiedenstellen für die Kollegen reden kann, so ist doch in Abrechnung aller entsprechenden Umstände manches erreicht worden. Besonders wenn man bedenkt, daß ursprünglich die Brauereien unter Leitung ihres Syndikus der Norddeutschen Brauereivereinigung sich weigerten, Verhandlungen aufzunehmen, bis eineklärung in der Brauereifrage und damit verbundene Bierpreishöhung herbeigeführt sei und deshalb die Bewegung um ein Jahr versagt wünschten. Selbstverständlich konnte diesem Verlangen unter keinen Umständen, ja selbst auf die Gefahr, daß es zum Aufruhr kommt, nicht stattgegeben werden, die Kollegen haben hier besonders ein Unrecht, daß ihre miflichen Lohnverhältnisse gebessert werden. Es gewann tatsächlich bei der ersten Verhandlung den Anschein, als sei es auf einen Kampf angelegt, wollte man doch einzelne Positionen des alten Vertrages verschlechtern statt verbessern. Diesem hartnäckigen Festhalten an den Verschlechterungen ist es zugeschrieben, daß die Bewegung so verzögert wurde. Daß nun bei solchen Anlässen die Kollegen leicht in eine verärgerte Stimmung geraten, ist menschlich begreiflich. Nichtsdestoweniger darf sich die eingeleitete Leitung der Bewegung dadurch beeinflussen lassen, eine fröhliche Entscheidung zu treffen, die gewiß nicht das bewirkte, was von den Kollegen erwartet wurde. Hoffentlich sehen es die Bürger nun wohl ein, daß unser Handeln von außen und zwar noch von einer Seite her nicht beeinflußt werden kann, die an dem Scheitern des Ganzen das größte Interesse hat. Gewiß, an der vorzüglichen Haltung und an dem Opfermut unserer Kollegen wollen wir nicht den geringsten Zweifel hegen, im Gegenteil, dieses ruhige Ausharren verdient lobende Anerkennung, aber beim besten Willen könnte aus taktischen Gründen eine schnellere Erledigung der Sache auch durch das Eingreifen der Kollegen nicht herbeigeführt werden, ohne vielleicht die Verschlechterungen mit in den Kauft zu nehmen. Die Vormüste hätte man der Lohnkommission ersparen können, haben sich doch die Maßnahmen derselben als durchaus richtig erwiesen. Die Kollegen brauchen nicht das Geringste einzubüßen, die Verschlechterungen wurden beseitigt und die Nachzahlung erfolgt von dem Tage des Abschlusses des alten Vertrages. Der Vertrag läuft nur ein Jahr, es obliegt jetzt den Kollegen die dringende Pflicht, diese kurze Zeit für den Ausbau der Organisation fristig auszunützen, damit wir im nächsten Jahre gerüstet dastehen und das heute nicht Grechte nachholen können.

Erzielt wurde folgendes: die Arbeitszeit wird für alle in den Betrieben beschäftigten Personen im Winter vom Oktober bis April um eine halbe Stunde gekürzt. Beim Picken und dergleichen schmußigen Arbeiten wird des abends und zur Mittagszeit zum Steinigen eine Viertelstunde früher freigegeben. Für Nebenstanden sind die Sätze für alle Arbeiter, auch Bierschaffner, an Wochentagen um 10 Pf., Sonntags um 20 Pf. erhöht worden. Bei Landbierschaffnern sind für Touren feste Überfuhrungsstücke angelegt worden. Die Feste erhöht sich um 1 Mf. und steigt somit von 4 auf 5 Mf. Die bisher für die Bierschaffner bestandene Nachtjou, wonach sie verpflichtet waren, abwechselnd im Stall zu schlafen ohne Bezahlung, wird von nun an mit 1,50 Mf. pro Mann und Nacht bezahlt. Die Löhne erfahren eine Steigerung von 1—4 Mf. pro Person und Woche. Erhöhnungswert ist, daß es diesmal gelungen ist, die Maschinisten und Händler in die 1. Gruppe der Brauer und Bürger hineinzubringen, jedenfalls bedeutet dies einen wesentlichen Vorteil für diese Kategorien, ist aber auch ein weiterer Vorteil der wirtschaftlichen Interessenvertretung für diese Gruppen durch die Einheitsorganisation des Brauereiarbeiterverbandes. Diejenigen, die bereits höhere Löhne haben wie im Vertrag vorgeesehen, erhalten 1 Mf. Zulage pro Woche. Beim Dampfesselreinigen, wo früher besondere Bezahlung nicht bestand, erhalten die damit beschäftigten Personen von der Firma Anglaise geliefert und eine weitere Bezahlung von 10 Mf. Entspricht diese Bezahlung auch nicht der dafür zu leistenden Arbeit, so bedeutet es doch eine Verbesserung. Bei Urlaubsbewilligungen tritt infosofern eine Verbesserung ein, daß nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage (früher nach zwei Jahren), nach zweijähriger Tätigkeit 5 Tage (früher nach vier Jahren) Urlaub ohne Lohnabzug gewährt wird.

Die übrigen Bestimmungen bleiben bestehen, trotzdem man sich krampfhaft bemüht, einige Verschlechterungen einzuführen. Ist nicht alles erreicht, so bedeutet das Errungene doch einen guten Schritt nach vorwärts. In den Kollegen wird es liegen, durch einkünftiges Zusammenhalten in der Organisation das Errungene auch festzuhalten. Für die Kollegen der umliegenden Ortsteilen, wie Lübeck, Bremen und Münster, dürfte es ein Ansporn sein, sich gleichfalls der Organisation anzuschließen, denn dadurch kann es nur möglich sein, ihre Lage zu verbessern. Mögen sie doch endlich zur Einigkeit kommen und ihre Furcht abstreiten; durch festen Zusammenschluß in dem Brauereiarbeiterverband sind dem Unternehmer solche Vorteile abzuringen, deshalb hinein in den Verband, dann wird es auch bei ihnen bald anders werden.

Korrespondenzen.

Landsberg. Wie notwendig und nützlich für den Kollegen die Organisation ist, zeigte wieder ein Fall in Landsberg. Ein unorganisierter Bierschaffner wurde ohne Grund entlassen. Schon früh 5½ Uhr fand er den Vorsitzenden der Bahnstelle Landsberg, den er sonst nicht finden konnte. Trotzdem der Kollege nicht organisiert war, trat der Vorsitzende für ihn ein und bewirkte, daß die Entlassung rückgängig gemacht wurde. Hier sieht man wieder, daß die Brauereiarbeiter keine andere Hilfe haben als den Verband, ein Klubverein hilft ihnen in Notfällen nichts. Deshalb mögen die Bierschaffner, die bis heute die Organisation noch nicht gefunden haben, sich dem Brauereiarbeiterverband anschließen; sonst dürfte es in Zukunft der Verband es ablehnen, für Unorganisierte einzutreten.

Leipzig. Am 4. September tagte im Volkshaus eine zahlreich besuchte Versammlung, welche sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Brauereiverein betreffs Vermeidung von Arbeiterentlassungen beschäftigte. Das Abkommen, welches sich mit dem in Nr. 35 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten ungefähr deckt, fand die einmütige Zustimmung der Versammlung. Alsdann wurde über die gegenwärtige Lage in unserem Berufe debattiert, die infolge der Bierpreisbewegung zum großen Teil eine recht kritische geworden ist. Als eine Konsequenz der Leipziger Gastwirte wurde es bezeichnet, daß sie trotz ihres Beschlusses, Bier nur zu alten Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die Erhöhung von 2,50 Mf. für bayerische Biere anstandslos bezahlen. Es werden mehrere Fälle zur Sprache gebracht, aus denen hervorgeht, daß sich die Erhöhung in Konkurrenz eingeschoben hat, welche gegen die Arbeiter der Brauerei, insbesondere gegen das Fahrtypersonal.

Die Versammlungen verpflichteten sich, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln für Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu wirken, um der Tarifbewegung zu einem für die Arbeitnehmer gunstigen Abschluß zu verhelfen.

Hannover. Urlaubbewilligung. Nach langen und ein-

gehenden Verhandlungen gelangte jetzt auch hier der Urlaub erstmals zur Einführung. Es erfolgte dieses außerhalb des Tariffs, dafür noch bis zum Jahre 1911 läuft. Somit ruht nun auch endlich Hannover in die Weite jener Städte, welche Urlaub eingeführt haben. Ist es zunächst auch nur ein Betrieb mit einigen 80 Kollegen, für welche diese für sie notwendige Einrichtung geschaffen wurde, so steht doch zu erwarten, daß weitere Betriebe folgen werden, ja folgen müssen. Denn diese Einrichtung, einmal

gestimmt die Versammlung zu. Dieselbe wurde auf die Zeit von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends festgesetzt mit dem Bedenken, daß dringende Sachen während der Bureauzeit immer entgegenommen würden. Den arbeitslosen und kranken Mitgliedern wurde nahegelegt, ihre Unterstützung Sonntags möglichst in den Vormittagsstunden zu erheben.

Nienhausen. Der Braumeister Zimmer in der Brauerei Höfner, früher Gärtnergehilfe in der Dorfgemarkung Ossendorf und Kirchdorf, der schon aus Landsberg als Arbeiter bekannt ist, leistete in Schimpfereien Erschöpfendes. Mit Vorliebe schimpft er über die Organisation, und kann sich auch kein organisierte Kollege dort halten. Die Arbeitszeit in dieser Brauerei ist unbegrenzt und doch wird diesem Braumeister noch zu wenig gearbeitet und auch dem Herrn Höfner. Der Wechsel ist deshalb auch immer groß und muss der Stellenvermittler Teßböck, Landsberg, immer wieder nach diesem Eldorado Reise schicken. Die Kollegen sollten sich nicht abschrecken lassen und sich organisieren, verlieren können sie nichts, damit dem Spätzgartner bessere Manieren beigebracht und auch die Beziehungen verbessert werden können.

Münster. In der Versammlung am 8. September sprach Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Süßheim über: „Die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiter“ unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Zur Regelung der Volksausbezüge wurde beschlossen, daß ab 1. Oktober, vorbehaltlich der statutengemäßen Zustimmung des Hauptvorstandes, der Lokalbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. erhöht werden soll. Der Verbandsbeitrag soll also in Zukunft anstatt 55 60 Pf. betragen. Es sollen aber in Zukunft die Volksausbezüge, pro Mitglied und Jahr 50 Pf., aus der Lokalfasse bezahlt werden; Sammellisten sollen keine mehr ausgetragen werden, weder im Allgemeinen noch für einzelne Kollegen in den Betrieben. Die Beiträge, welche bisher durch Sammellisten aufgebracht wurden, sollen in Zukunft aus der Lokalfasse bezahlt werden. Hierdurch ist es ermöglicht, diejenigen, welche mit der Allgemeinheit gegenüber schuldig sind, auf alle Mitglieder gleichmäßig zu verteilen. Des Weiteren ist bei Erhöhung des Lokalbeitrages die Möglichkeit geboten, an Kollegen, welche entweder durch lange Krankheit, Arbeitslosigkeit oder familiäre Beziehungen wirtschaftlich zurückgeblieben sind, außerordentliche Unterstützung aus der Lokalfasse zu gewähren. Nutzungen müssen schriftlich eingereicht werden und werden seitens der darauffolgenden Mitgliederversammlung erledigt. Außerdem kann bei eventueller Einführung der hiesigen kommunalen Arbeitslosenversicherung, welche eine verhältnismäßig gewährte Arbeitslosenunterstützung von 7,50 Mf. voraussetzt, die Differenz von 50 Pf. hierfür bezahlt werden. — Als dritter Punkt wurden die Artikel der „Schlichtung, Stern und Lodes“ im „Deutschen Maschinen- und Heizer“ verlesen. Sämtliche Redner brachten ihre Entrüstung über die Berücksichtigungsversuche und Appellierungen der drei Herren zum Ausdruck. Bezuglich Schlichtung erklärte Kramer, daß er versucht habe, sich persönlich mit ihm auseinanderzusetzen, da er der Meinung war, daß die Beleidigung wiederholt in der Zeitung seine Behauptung aufrechterhielt, verlas er den am 18. August an Schlichtung gesandten Brief, in welchem Schlichtung gefragt wurde, daß er bisher in mehr noch nicht für notwendig gehalten habe, den Stern für seine Behauptung zu erbringen, daß einer unserer Bezirksleiter ihm gefragt haben soll, daß Kramer nicht fähig sei, einen Artikel zu schreiben, und daß Kramer demnach diese Behauptung als infame Lüge bezeichnen müsse, ersonnen und ausgedrochen zu einem verwerflichen Zweck. Schlichtung habe darauf in der ihm eigenen Weise, die wir schon durch den „Maschinen- und Heizer“ kennen, geantwortet; im übrigen sei er geklärt, mit seinem Worte sei er auf seine erfundenen Behauptungen eingegangen. Damit habe er sich selbst gezeichnet. Das Antwortgegenüber Schlichtings zu veröffentlichen, davon wollen wir im Allgemeininteresse vorerst absehen.

Bezuglich Sterns wurde die Behauptung, Stern hätte zu einem seiner Mitglieder gesagt: „er solle sich frank melden; mit seinem Kramengeld und der Streitunterstützung käme er auch auf seinen Lohn“, nicht nur aufrechterhalten, sondern auch von dem betreffenden Maschinisten erklärt, daß Stern ihm zu bestimmen suchte, er solle diese Neuerung als nicht von ihm gefallen leugnen.

Bezuglich Lodes wurde angeführt, ob derselbe sich nicht mehr entsinnen könne, daß er im Vorjahr einem unserer Verwaltungsmitglieder gegenüber erklärte, er wolle auch nach ausswärts auf Agitation; ob er sich nicht mehr entsinnen könne, daß er nach erfolgter vereinigender Antwort, weil die Agitationskommissionen nicht mehr bestehen, erklärt habe: „Ja, dann hat der Brauereiarbeiterverband für mich keinen Wert, ich will mich weiter (!) betätigen.“ Ob er sich nicht mehr entsinnen könne, daß er gegenüber dem Vorsitzenden bei seiner Abmeldung erklärt, daß er sich überhaupt weiter (!) betätigen wolle. Diese weitere Bezeichnung besteht nun wohl in seinen Berücksichtigungsversuchen. Ein allgemeines Pfui löste die Mitteilung aus, daß dieser Altmensch in einer Betriebsversammlung der Brauerei Tucher erklärt: „Die habe ich heute einmal geschaut und zu sagen beginne ich heute nicht mehr.“ Von einem Redner wurde unter allseitiger Zustimmung betont, daß sein hier bewiesenes Verhalten eines organisierten Arbeiters unverbürgt sei; daß einmal Mittel und Wege geschaffen werden müssen, um einen derartigen Menschen, welcher von einer Organisation zur anderen pendelt, welcher seine Hauptaufgabe nach seiner eigenen oben angeführten Neuerung, im Zusammensein der Arbeiter erblieb, aus den Reihen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu entfernen. Es wurde aber auch betont, daß man es, wenn nach der geplanten eventuellen Zusammenlegung der in Frage kommenden Bahnhöfen ein anderer angestellt wird als Lodes, wenn ihm die erwartete „Betätigungs möglichkeit“ bei den Maschinisten auch nicht gegeben ist, daß man es dann wohl noch erleben kann, daß er auch nicht bei dem Maschinistenverband bleibt, sondern schließlich noch zu den Gelben geht.

In der Erkenntnis, daß es diesen drei Herren nur um die im Brauereiarbeiterverband organisierten Maschinisten und Heizer zu tun ist, daß ihr ganzes Geschrei über die „fachtechnische Vertretung“ nur der Zweck hat, jenes zu masten, regte ein Kollege von den Maschinisten zum Schlus an, den Schlichtung und Genossen in einer Versammlung der freiorganisierten Brauermaschinisten und Heizer Nürnbergs Gelegenheit zu geben, ihre Angriffe und ihre Berücksichtigungsversuche persönlich vorzutragen und sich auch die Antwort hierauf zu holen. Zu betonen ist noch ausdrücklich, daß sich die Herren, wenn sie ein Bedürfnis hierzu haben, an die Verwaltungsstelle des Brauereiarbeiterverbandes zu wenden haben, welche für Einberufung einer derartigen Versammlung sorgt, da der Einberufung seitens des Maschinistenverbandes niemand Folge leisten wird. In der Versammlung sollen dann auch die beiderseitigen in Frage kommenden Lohnkommissionen anwesend sein. Bereits 1898 wurde auf dem Nürnberger Verhandstag der Beschluss gefaßt, daß jeder Brauereiarbeiter, ganz gleich, welcher Kategorie, aufgenommen wird und die Nürnberger Brauereiarbeiter haben in ihrer übergroßen Mehrzahl diesen Einheitsgedanken durchgeführt; sie sind organisiert im Brau

voll auf im Recht. In diesem Betrieb hat jedoch kein Arbeiter das Recht, sich gegen ungerechte Anrempelungen zu verteidigen. So erklärte der Herr Braumeister dem Arbeiter gegenüber: "So hergelauft sind Handverlussischen wollen auch noch ein Maul haben! Wenn Sie die Arbeit nicht fertig bringen, dann stelle ich einen anderen hin!" Nachher kam der junge Herr August Endres dazu, und ohne den Arbeiter anzuhören, welche Behandlungweise er vom Braumeister erfahren habe, erklärte dieser Herr: "Wenn Ihnen nicht so pekt, da gehst zum Tor hinaus!" Der Braumeister beschleifte sich nachher noch bei Herrn Alfred Endres mit dem Auspruch: "Waldvölk hält ich ihm eine usf. d' Woch müss' schlagen!", worauf Herr Endres erwiderte: "Dem müssen wir diesen Winter einen Siegel vorschreiben." Die Ausbeutung der Arbeiter in diesem Betrieb ist schon so stark genug, dass man ihnen nicht noch Schläge dazu antragen braucht. Die Brauerei hat seinerzeit verlangt, dass wein Beschwerden von den Arbeitern vorliegen, dieselben durch die Geschäftskommission vorgebracht werden sollen. Aber dazu kommt diesebes gar nicht, denn sobald etwas hervorgebracht werden soll, wird von den Herren über dieselben hingegeschrien, so dass ihnen die Lust zu weiterem Vorbringen vergeht.

Straubing. Am 15. August waren die Kollegen von Regensburg und Landshut in Straubing zu einer allgemeinen Versammlung erschienen. Kollege Leibl-Regensburg sprach über die neuen Steuern und die Verhältnisse in den niederbayerischen Brauereien. Er schilderte das arbeiterfeindliche Verhalten der christlichen Zentrumspartei im Reichstag, die es fertig gebracht hat, alle Steuern zu kündigen, die das arbeitende Volk drücken, und doch kennt sich die Zentrumspartei arbeiterfreundlich. Die Arbeiter lesen und denken zu wenig, deshalb glaubt das Zentrum die Arbeiter dummen machen zu können. Das "Straubinger Tageblatt", ein Zeitungsbuch, schreibt nämlich:

"Das arbeitende Volk hat kein Recht, Protest gegen die neuen Steuern einzulegen. Erstens braucht es kein Bier zu trinken, zweitens keinen Kaffee und Tee, drittens sind Zigarren überhaupt aus.

Da sieht man die christliche Nächstenliebe des volksverräterischen Zentrums. Zu bedauern sei es, dass die indifferenten Brauereiarbeiter Straubings nicht erinnern seien. Die Straubinger Kollegen könnten zur Genüge erzählen, was durch eine gute Organisation geschaffen werden kann. Die Straubinger Gemeindekantonschaft hat bis zum Jahre 1907 kein Krankengeld für Sonn- und Feiertage bezahlt. Als im selben Jahre die Organisation in Straubing feierte, fügte sie, rückte das Gemeinschaftsrat der eine Eingabe an den Magistrat betreffs Zahlung von Krankengeld am Sonn- und Feiertagen. Dem Antrag wurde ein Jahr folge geleistet. Die Konjunktur wurde schlechter, die Organisation schwächer, auch der Magistrat wurde schwächer auf finanziellem Gebiet, das Krankengeld für Sonn- und Feiertage wurde wieder in Abzug gebracht. Im Jahre 1906 machte die organisierte Arbeiterchaft eine Eingabe an den Magistrat zwecks Errichtung einer allgemeinen Ortskantonschaft. Da war es nur der christliche blaue gelbe Brauer- und Schäfflerverein, der dagegen Protest einlegte, weil die Beiträge zu hoch seien. Auf wirtschaftlichem Gebiet lassen diese Herren sich von uns die Verhältnisse verbessern, dagegen treten sie dafür ein, einen Zustand aufrecht zu erhalten, der den Kollegen und ihren Familien zum größten Schaden ist. Weil angeblich die Beiträge zu hoch sind, geben sie in Krankheitsfällen lieber Frau und Kind dem Hunger preis. Werden die Mitglieder dieses Vereins nicht bald einsehen, dass sie nur genauso führt und betrogen werden?!

Rundschau.

Vom Maschinisten- und Heizerverband.

In Nr. 17 des "Deutschen Maschinen und Heizer", welchen ich leider erst vergangene Woche bekommen habe, beschäftigt sich der Gauleiter W. Neiferscheid i. d. v. P. Verband der Maschinisten und Heizer mit der Lohnbewegung in der Victoria-Brauerei zu Stettin. Neiferscheid hieß es für notwendig, seinem Artikel neben der Überschrift: "Die Wahrheitsscheibe des Brauereiarbeiterverbandes" noch das Motto: "Sie lügen wie die Teufel und schwärzen aus Prinzip" vorzugeben; letzteres jedenfalls nur deswegen, um einen Leiter in der Niederschrift des Artikels zu haben. Neiferscheid schreibt: "Dieses Mal hat die Lohnbewegung in der Victoria-Brauerei zu Stettin dem Brauereiarbeiterverband es angetan, und zwar sollen wir nach seinem Ausspruch in einer Berliner Versammlung der Brauereiarbeiter 'Streich' verübt haben."

Man höre: ein Brauereiarbeiter soll die Behauptung aufgestellt haben, die Maschinisten hätten Streikbruch begangen, und zwar in einer Brauerei, wo gar nicht gestreikt wurde. Neiferscheid erfährt diese die Erfindung an der Stirn tragende Mitteilung in Breslau; in Berlin aber weiß niemand etwas, wo derartiger Unrat verzapft worden sei. Aber schließlich kommt es ja auch gar nicht darauf an, ob die Behauptung jemals gefallen ist, sondern man schafft sich Mittel zum bestimmten Zweck. Und ist es auch noch so dummkopfisch, es findet doch sein Publikum.

Weiter behauptet Neiferscheid, von dem im Oktober eingeleiteten Lohnbewegung, bei welcher jede Verhandlung seitens der Bitterbrauerei abgelehnt worden sei, hätten sie erst aus dem "Glockenbetrieb" erfuhr. Der Sachverhalt, welcher jederzeit durch die vorhandenen Schriftstücke bewiesen werden kann, ist kurz folgender:

Am 1. Oktober 1908 wurde ein Tarifvertrag eingereicht, wobei nur für Heizer, aber nicht für Maschinisten Lohnforderungen aufgestellt wurden, da von letzteren keiner bei uns organisiert war. Am 5. Oktober fand die erste Verhandlung mit der Direktion statt, wobei in die materielle Verhandlung nicht eingetreten werden konnte, da der Direktor Meier behauptete, eine Klausur bei seinen Leuten habe ergeben, dass sie niemanden zur Einreichung der Lohnforderungen beauftragt hätten, und er müsse, bevor er mit uns über den Tarif verhandelt, darauf bestehen, dass wir den Nachweis liefern, dass die Mehrzahl seiner Arbeiter uns beauftragt habe. Auf dem Wege zur Bitterbrauerei teilte mir der Vorsitzende der Stettiner Zahnstelle, Kollege Boldt, mit, dass der Vorsitzende der Maschinisten und Heizer der Zahnstelle Stettin, Genosse Lorenz, in seiner Wohnung gewesen sei und sie darüber etwas geworden seien, dass wir die Maschinisten mit vertreten sollten. Am Abend desselben Tages fand eine Betriebsversammlung der Kollegen der Bitterbrauerei statt, um das Ergebnis der Verhandlung zu besprechen, bei welcher Genosse Lorenz anwesend war. Es wurde beschlossen, eine Liste anzufertigen, auf welcher alle diejenigen unterschreiben sollten, welche uns den Auftrag zu ihrer Vertretung gegeben hätten.

Auf dieser Liste, welche noch im Besitz des Kollegen Boldt sein muss, waren meines Wissens 36 Namen, darunter die Maschinisten und Heizer. Am 12. Oktober fand dann die zweite Verhandlung statt, bei welcher Gelegenheit wir der Direktion mitteilten, dass auch die Maschinisten mit in den Tarif einzubezogen werden wollten. Forderungen wurden 25-27 Pf., steigend halbjährlich um 1 Pf., jedoch mindestens eine jährliche Zulage von 2 Pf. erfüllt. Die Direktion glaubte uns aber mit weniger absperren zu müssen und wollte für Maschinisten 23-25 Pf., für Heizer 22-24 Pf. geben; gefordert waren für letztere 23-25 Pf. An der am selben Abend stattgefundenen Betriebsversammlung hat wiederum Genosse Lorenz, seitdem teilgenommen. Am 14. Oktober wurde der Direktion durch ein Schreiben mitgeteilt, dass weder wir noch ihre Arbeiter mit den Abgehandelten einverstanden seien. Und nun beginnt das Spiel, das der Direktor immer Krankheit betrachtete, wenn um eine Verhandlung nachgefragt wurde. Am 14. Dezember wurde dann in einer Betriebsversammlung beschlossen, die Lohnbewegung bis zum Frühjahr zu verlängern.

Die Lohnbewegung im Frühjahr wurde durch eine am 5. April stattgefundenen Betriebsversammlung eingeleitet, an welcher die Maschinisten und Heizer, welche in der Brauerei beschäftigt sind,

teilnahmen, und der neue Tarif am 17. April eingereicht. Zur Verhandlung hatten wir uns am 20. April angemeldet. Im neuen Tarif waren die geforderten Löhne der Maschinisten und Heizer um 1 Pf. erhöht, da am 1. April eine Zulage von 1 Pf. stattgefunden hatte. Die Verhandlung am 20. April fand nicht statt, da uns wieder mitgeteilt wurde, der Direktor sei wegen Krankheit verhindert. Nunmehr erschien am 22. April der Arbeiter im "Wolfsboden".

Am 6. Mai fand dann eine Verhandlung statt, in welcher der Direktor erklärte, die eingereichten Forderungen seien für ihn unverständlich; er würde selbst für seine Leute einen Tarif aussuchen; er würde selbst für seine Leute einen Tarif aussuchen. Im übrigen habe er auch noch einen Tarif bekommen und wisse gar nicht, mit wem er verhandeln solle. Zu der an diesem Abend stattgefundenen Betriebsversammlung, an welcher wiederum Genosse Lorenz teilnahm, wurde auf die schädigende Wirkung aufourserschaft gemacht, welche die Einreichung höherer Forderungen während der Lohnbewegung nach sich ziehen müsse, zumal für dieselbe Kategorie bereits Forderungen gestellt seien, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass der Maschinisten- und Heizerverband die nun mehr eingereichten Forderungen auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vertreten müsse, was auch zugefangen wurde. Lorenz, der in Verbindung zu sehen, damit mit einem eventuell aufzunehmenden Kampf in der Woche vor Pfingsten begonnen werden könnte. Als aber der Unternehmer am 14. Mai 1 Pf. Lohn zulegte, klapple Neiferscheid zusammen. Erst sich aufzulösen wie ein Truthahn über die geringen Forderungen des Brauereiarbeiterverbandes und sofort höhere Forderungen einreichen und dann nach Bewilligung eines Triebes die Segel streichen, angeblich, weil man es bei der großen Arbeitslosigkeit nicht verantworten könne, in einen Lohnkampf einzutreten! War denn die große Arbeitslosigkeit nicht schon vor Einreichung der höheren Forderungen vorhanden? Niemand weiß nicht wie.

Weiter schreibt Neiferscheid, ganze 15 Mann von 60 im Betrieb beschäftigten sollen über das Sein und Nichtsein eines Lohnkampfes entscheiden. Wer trägt die Schuld an dieser Mistigkeit der im Betracht kommenden Kollegen? Ist es nicht darauf zurückzuführen, dass man schon tagelang vor der entscheidenden Versammlung in der Brauerei bekanntgab, dass der Verband der Maschinisten und Heizer die Erlaubnis zum Streik nicht gibt? Ist es Neiferscheid noch nie klar geworden, dass man mit einer solchen Taktik Verwirrung anrichtet?

In seiner ganzen Größe aber erscheint uns Neiferscheid, wenn er schreibt: "Hinzu kommt, dass ein Teil der schwächeren durch die Erziehung des Brauereiarbeiterverbandes bei der Brauerei ein Gut haben stehen habe, das mit 5 Proz. verzinnt wird."

Also der Brauereiarbeiterverband hat Leute, die noch nie dem Verband angehört haben, zur Sparsamkeit erzogen, die ihm bei der Lohnbewegung zum Verderben wird. Wie wir das fertig gebracht haben, bleibt ewiges Geheimnis des Gauleiters Neiferscheid von Breslau.

Zedenfalls ist er dem von ihm vorangestellten Motto als Tröger.

Die Entwicklung der Aktiengesellschaften.

Eine der Formen, in denen sich der moderne Großkapitalismus äußert, ist die der Aktiengesellschaften. Diese Gesellschaften, die durch die Gesetzgebung eine besondere Regelung erfahren haben, sind stark in der Entwicklung begriffen. Soweit das Deutsche Reich in Frage kommt, vermehrten sie sich von 5051 im Jahre 1906 auf 5185 im Jahre 1908. In der gleichen Zeit erhöhte sich ihr Nominalkapital von 14 auf 15 Milliarden Mark. Im Jahre 1908 wurden in Deutschland (trotz der Krise) 155 Aktiengesellschaften mit 162 Millionen Mark Aktienkapital gegründet. Außerdem wurden zahlreiche Kapitalerhöhungen bestehender Gesellschaften im Betrage von zusammen 463 Millionen Mark vorgenommen. Zusätzlich betrug im Jahre 1908 die Vermehrung des in Aktiengesellschaften investierten Kapitals 616 Millionen Mark. Von den im Jahre 1908 eingeschaffenen Gesellschaften gehörte der größte Teil, nämlich 26 mit einem Kapital von 26 Millionen Mark der Industrie der Maschinen, Instrumenten und Apparate an, sodann 23 mit einem Kapital von 25½ Millionen Mark dem Handelsgewerbe, 23 mit 17 Millionen Mark der Nahrungsmittel- und Getreidemühlenbranche usw. In dem genannten Jahr sind in Kontinentaleuropa 16 Aktiengesellschaften mit 10 Millionen Mark Aktienkapital und auf andere Weise aufgelöst 25 Gesellschaften mit 60 Millionen Mark Kapital. Die erloschenen Unternehmungen gehören zum weitauß größten Teil dem Handelsgewerbe an.

In einigen der übrigen Kulturländer ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften eine noch weit lebhafte als in Deutschland. So beträgt Großbritannien 43 088 Gesellschaften mit 42 Milliarden Pfund Kapital; es steht damit an erster Stelle. Frankreich zählt 6325 Gesellschaften mit 18½ Milliarden Franc, die Niederlande 2 043 Gesellschaften mit 2½ Milliarden Franc, die Schweiz 3111 Gesellschaften mit 2 Milliarden Franc usw.

Wenig entwickelt ist das Aktiengesellschaftswesen in Italien und Spanien. In dem genannten Jahr sind in Kontinentaleuropa 16 Aktiengesellschaften mit 10 Millionen Mark Aktienkapital und auf andere Weise aufgelöst 25 Gesellschaften mit 60 Millionen Mark Kapital. Die erloschenen Unternehmungen gehören zum weitauß größten Teil dem Handelsgewerbe an.

In einigen der übrigen Kulturländer ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften eine noch weit lebhafte als in Deutschland. So beträgt Großbritannien 43 088 Gesellschaften mit 42 Milliarden Pfund Kapital; es steht damit an erster Stelle. Frankreich zählt 6325 Gesellschaften mit 18½ Milliarden Franc, die Niederlande 2 043 Gesellschaften mit 2½ Milliarden Franc, die Schweiz 3111 Gesellschaften mit 2 Milliarden Franc usw. Wenig entwickelt ist das Aktiengesellschaftswesen in Italien und Spanien. In dem genannten Jahr sind in Kontinentaleuropa 16 Aktiengesellschaften mit 10 Millionen Mark Aktienkapital und auf andere Weise aufgelöst 25 Gesellschaften mit 60 Millionen Mark Kapital. Die erloschenen Unternehmungen gehören zum weitauß größten Teil dem Handelsgewerbe an.

Die unheimliche Versteuerung der Lebenshaltung rückt die Feststellungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin über verschiedene Warenpreise in Bengalische Bedeutung. Nach den aufgestellten Berechnungen kostet z. B. 1 Kilogramm Roggenbrot im Juli-August 31,57 Pf., 1 Kilogramm Weizenbrot 56,49 Pf. Bringt man die letzten diesjährigen Preise mit denen nach dem Jahresdurchschnitt früherer Jahre in Vergleich, gewinnt man dieses Bild:

	1894	1899	1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . .	20,43	24,21	31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . .	35,15	41,70	56,49

Gegenüber 1899 ist der Roggenbrotpreis um 30,40 Proz. der Weizenbrotpreis um 35,47 Proz. gestiegen. Gemeinen an dem Preis des Jahres 1894 sind die jetzt gültigen Preise höher:

Roggenbrot um 54,52 Prozent	60,71
-----------------------------	-------

So wird dem Volke das notwendigste Nahrungsmittel verweigert und die Jungen erhalten Liebesgaben über Liebesgaben. Das ist die fruchtlose Kriegspolitik in Preußen-Denkmal.

Die Ergebnisse der Verhandlung sind folgende:

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot 1 . . . 35,15 41,70 56,49

1894 1899 1909
Roggenbrot 1 Kilogramm . . . 20,43 24,21 31,57 Pfennig
Weizenbrot